

Land will explodierende Baukosten verhindern

Finanzen Grün-Schwarz testet ein neues Verfahren für landeseigene Bauprojekte. Von Maria Wetzel

Ursprünglich sollte das geplante Besucherzentrum im Nationalpark Nordschwarzwald rund 22,5 Millionen Euro kosten, mittlerweile rechnet das Finanzministerium mit Ausgaben von 35,5 Millionen Euro. Auch bei der in Rottweil vorgesehenen Justizvollzugsanstalt muss das Land deutlich tiefer in die Kasse greifen als zunächst vorgesehen. Anfangs war von 120 Millionen Euro die Rede, mittlerweile gehen die Planer von 182 Millionen Euro aus. Grund sind zum einen steigende Baukosten, die vor allem durch den anhaltenden Bauboom ausgelöst wurden. Mitunter sind aber auch Risiken nicht absehbar – oder sie werden beim ersten Kostenvoranschlag ausgeblendet, damit das Projekt genehmigt wird. Das böse Erwachen folgt später.



Foto: EPA

„Den allergrößten Teil bringen wir im Kosten- und Zeitplan ins Ziel.“

Edith Sitzmann, Finanzministerin

halb muss der Landtag bei großen Bauvorhaben künftig zweimal abstimmen. Zunächst entscheiden die Abgeordneten darüber, ob sie etwa ein Forschungslabor oder einen Museumsneubau für grundsätzlich notwendig halten. Ist das der Fall, beginnt die Planung. Erst wenn diese zusammen mit der Kostenberechnung vorliegt, entscheidet der Landtag darüber, ob er das Geld bereitstellt oder ob möglicherweise günstigere Alternativen gesucht werden müssen. Diesem Verfahren hat das grün-schwarze Kabinett am Dienstag zugestimmt.



Die Staatsoper in Stuttgart soll in den nächsten Jahren saniert – das wird teuer.

Foto: Lichtgut/Max Kovalenko

Das neue Verfahren soll drei Jahre lang bei so genannten Top-Projekten erprobt werden. Sitzmann nannte beispielsweise den Gefängnisneubau in Rottweil, die Elefantenviertel in der Stuttgarter Wilhelma, die Sanierung der Stuttgarter Oper und des Badischen Landesmuseums in Karlsruhe sowie Hochschulneubauten. In den nächsten Monaten werde festgelegt, wie viel Geld für die Planung der jeweiligen Vorhaben in den kommenden zwei Jahren bereitgestellt wird. Darüber abgestimmt wird Ende des Jahres bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2020/21.

Ziel sei, „dem Fluch der ersten Zahl zu entkommen“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne). Denn mit jeder Kostensteigerung schwinde das Vertrauen der Bürger in den Staat und seine Verwaltung. „Daher wollen wir bei der Kostensicherheit von Bauvorhaben zukünftig mit noch mehr Transparenz, Offenheit, Gründlichkeit und im Dialog neue Wege gehen.“

Rund eine Milliarde Euro investiert das Land in diesem Jahr in den Hochbau. Damit ist es der größte Bauherr im Südwesten. Neben vielen kleinen Instandhaltungsmaßnahmen würden derzeit etwa 1800 Projekte umgesetzt, bei denen die Baukosten jeweils zwischen 150 000 Euro und dreistelligen Millionenbeträgen liegen, sagte Sitzmann. „Den allergrößten Teil der Vorhaben bringen wir im Kosten- und Zeitplan ins Ziel.“ Sie verwies unter anderem auf die Generalsanierung des Landtags und das neue Bürger- und Medienzentrum. Von den Projekten, die 2007/08 vom Landtag genehmigt wurden und in die Planung gingen, seien etwa 80 Prozent im Kostenrahmen geblieben. „Wir wollen aber noch besser werden und auch den verbliebenen kleinen Teil an Projekten frist- und kostengerecht umsetzen“, so die Ministerin.

Bei der Planung und Kostenberechnung helfen soll auch das so genannte Building Information Modeling (BIM).

Dabei wird ein exaktes dreidimensionales, digitales Gebäudemodell erstellt. Einbezogen werden auch die Eigenschaften und Qualität der Bauteile. Dadurch werde die Planung transparenter, und sie sei besser zu koordinieren. „Das digitale Modell ermöglicht es, die Kosten für den späteren Betrieb eines Gebäudes präziser abschätzen zu können.“

Neben der Kostenplanung ist der Landesregierung aber auch eine stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit wichtig. „Bei den Top-Projekten wird die verstärkte Beteiligung zum Standard“, sagte die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler. Projekte wie Opern, Museen oder zentrale Bereiche einer Universität betreffen alle. „Dank der digitalen Planungsmethode können wir bei der Bürgerbeteiligung auch besser visualisieren. So können Bürgerinnen und Bürger einerseits und Planungsingenieurinnen und -ingenieure andererseits viel besser über Alternativen sprechen.“